



I. Allgemeine Informationen

1. Unionsbürgerschaft

Nach einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage zur Unionsbürgerschaft sind sich die meisten der Befragten ihrer Unionsbürgerrechte bewusst. Das betraf insbesondere das Recht auf Beschwerde bei den EU-Organen (89 % EU; 88% Deutschland/Österreich), auf Freizügigkeit (88 % EU; 90% D/Ö), auf Nichtdiskriminierung aufgrund der Nationalität (82 % EU; 72% D; 78% Ö), auf konsularischen Schutz (79 % EU; 80% D/Ö) sowie auf Mitwirkung an einer Bürgerinitiative (73 % EU; 76% D; 78% Ö). Nur ein Drittel der Befragten (36 % EU; 32% D; 36% Ö) fühlte sich über diese Rechte gut informiert. Lediglich 24 % (22% D; 25% Ö) waren sich darüber im Klaren, was zu tun ist, wenn sie an der Ausübung ihrer EU-Rechte gehindert werden. Weitere Informationen unter: http://europa.eu/rapid/press-release IP-13-119_de.htm

2. Wettbewerb zur CO2-Minderung

Ein aktueller Wettbewerb zur CO2-Emissionsminderung prämiiert die kreativsten Ideen der Bewerber. Diese können ihre Erfolgsgeschichten bis 11. Mai 2013 einreichen. Das kann z.B. ein Elektrofahrrad zur Beförderung von Waren, ein innovativer Produktionsprozess zur Senkung von Treibhausgasemissionen und

Energiekosten, oder nachhaltige Gebäude- oder Heizlösungen sein. Im Mai und Juni können alle Europäer auf der Website <http://world-you-like.europa.eu/de/> für die ihrer Ansicht nach besten Initiativen stimmen. Unter den zehn beliebtesten Projekten werden von einer Jury drei Gewinner ausgewählt, die im Oktober 2013 in Kopenhagen geehrt werden. Weitere Informationen unter http://europa.eu/rapid/press-release IP-13-101_de.htm und <http://world-you-like.europa.eu/de/>

3. Open Days 2013

Die Europäische Woche der Städte und Regionen – OPEN DAYS 2013 – findet vom 7. bis 10. Oktober in Brüssel statt. Diese alljährliche Veranstaltung bietet für Regionen und Städte aus ganz Europa eine Plattform für Präsentationen, Kommunikation und Kontaktpflege. Im Mittelpunkt steht das Thema "Nachhaltige Stadtentwicklung". Der Ausschuss der Regionen (ADR) hat Städte und Regionen zur Einreichung von Vorschlägen für die Workshops aufgefordert. Weitere Einzelheiten unter <http://cor.europa.eu/de/news/highlights/Pages/open-days-cor-calls-regions-cities-submit-proposals.aspx>

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u. a. folgendes beschlossen

1. Alternative und Online Streitbeilegung

Bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten bleiben EU-Verbrauchern künftig kostenintensive und langwierige Gerichtsverfahren erspart. Das EP brachte dazu eine von mir als Berichterstatter der EVP Fraktion betreute Richtlinie mit einheitlichen Standards für die alternative Streitbeilegung auf den Weg. Diese soll dafür sorgen, dass im Streit zwischen Kunde und Unternehmen um eine beanstan-

dete Ware oder Dienstleistung innerhalb von 90 Tagen eine Lösung gefunden wird. Für die Streitbeilegung bei Interneteinkäufen soll eine Online- Plattform entwickelt werden. Darüber kann dann beispielsweise die Beschwerde eines deutschen Kunden über die Reparaturverweigerung für seinen in Irland gekauften Laptop automatisch an die zuständige nationale Streitbeilegungsstelle weitergeleitet werden. Auch in diesem Fall muss eine Klärung binnen 90 Tagen herbeigeführt werden.

Hierfür wurde eine Verordnung verabschiedet. Der Streitbeilegungsmechanismus sowie die Online-Plattform sollen ab 2015 mit niedrigen Kosten verfügbar sein. Beide Regelungen sollen den Handel im EU-Binnenmarkt ankurbeln und können Verbrauchern Einsparungen von jährlich über 22 Milliarden Euro bringen. Industrie und Mittelstand begrüßten diese europäischen Gesetze.

2. Reform der Agrarpolitik

Das EP hat über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum von 2014 bis 2020 abgestimmt. Das Abstimmungsergebnis ist ein Vorschlag für eine Agrarpolitik, die sowohl für eine nachhaltige und umweltbewusste Landwirtschaft eintritt, als auch für sinnvolle Rahmenbedingungen, die den Bauern weiterhin vernünftiges Wirtschaften ermöglichen. So wurden zum einen Maßnahmen zur Begrünung der Agrarpolitik, das sogenannte Greening, unterstützt, die der Landwirt einhalten muss, um die vollen Zahlungen erhalten zu können. Zum anderen wurde der Vorschlag der Europäischen Kommission entschärft, damit diese Greening-Maßnahmen den Landwirten die nötige Flexibilität lassen. Unter anderem stimmte das EP für eine Kappung der Zahlungen bei maximal 300.000 Euro pro Betrieb, für eine Möglichkeit zur Extraunterstüt-

zung kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe bis maximal 50 Hektar, für eine besondere Unterstützung von Junglandwirten und für eine Befreiung der Kleinlandwirte von sog. "Cross Compliance" Auflagen.

3. "Two Pack"

Das EP verabschiedete Rahmenbedingungen, nach denen es für kriselnde Eurostaaten unter dem Rettungsschirm künftig spezielle Überwachungsregeln gibt. Für Eurostaaten, gegen die ein Defizitverfahren läuft, werden striktere Vorgaben zur Haushaltskontrolle eingeführt. Die beiden Verordnungen, als so genannter "Two Pack" bezeichnet, sollen die letzte Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, das im Herbst 2011 verabschiedete "Six Pack" zur wirtschaftspolitischen Steuerung, ergänzen. Die Regeln sollen erstmals in der Budgetperiode 2014 angewendet werden. Mit dem Two-Pack müssen die Eurostaaten ihre jährlichen Haushaltspläne der Kommission vorlegen, bevor die nationalen Parlamente darüber abstimmen können. Entspricht der Vorschlag nicht den Sparanforderungen, kann die Kommission eine Überarbeitung einfordern. Außerdem bekommt die Kommission zusätzlich Instrumente für eine intensivere Überwachung der wirtschaftlichen Lage der Eurostaaten an die Hand.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Debatte zum Thema Treibhausgasemissionen
 - Debatte über Pferdefleischskandal
 - Rede des israelischen Staatspräsidenten
 - Energiefahrplan 2050
 - Resolution Finanzrahmen 2014 - 2020
 - EP-Sitzverteilung nach den Europawahlen
 - Resolution zur Sicherheit von Kernkraftwerken
 - Statut der EU-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit
 - Risikokapitalfonds und Sozialinvestitionen
- Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:
<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Große Strasse 90
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion